

Information zu der Verarbeitung
„Videoüberwachung von Amtsgebäuden des Bundesministeriums für Inneres“
und speziellen Sicherheitszonen in diesen
Amtsgebäuden gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien
Telefon +43 1 531 26-0
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: bmi-datenschutzbeauftragter@bmi.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Videoüberwachung von sicherheitsrelevanten Bereichen von Amtsgebäuden des Bundesministeriums für Inneres zum Zwecke der Gewährung von Sicherheit, Eigenschutz (Schutz der Mitarbeiterinnen und Organe des Verantwortlichen, Schutz des Eigentums) sowie Verantwortungsschutz (Schutz dritter Personen).

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Art 6 Abs. 1 lit. f DSGVO

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

1 Woche, bzw. bei Anlassfällen für die Dauer des relevanten Verfahrens.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- 01) Kriminalpolizei gem. § 18 StPO idF des Strafprozessreformgesetzes (zur Beweismittellieferung in Strafrechtsangelegenheiten)
- 02) Staatsanwaltschaft (Beweismittellieferung in Strafrechtsangelegenheiten)
- 03) Gerichte (zur Beweismittellieferung in Strafrechtsangelegenheiten)

04) Sicherheitsbehörden (im Einzelfall und bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 54 Abs. 3 Sicherheitspolizeigesetz (SPG) für die Abwehr gefährlicher Angriffe und krimineller Verbindungen, wenn bestimmte Tatsachen auf eine schwere Gefahr für die öffentliche Sicherheit schließen lassen, für die erweiterte Gefahrenforschung (§21 Abs. 3 SPG) und zur Fahndung)

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO. Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO. Das Widerspruchsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO.